

Kommentar:

Mit Volldampf in die Wintersession

von Klaus Voll

Die innenpolitische Landschaft ist durch den Wahlausgang in Uttar Pradesh und die Wahl von Sitaram Kesri zum neuen 'Congress (I)'-Präsidenten in Bewegung geraten. Kesri betreibt systematisch die Rückkehr der abgespaltenen Congress-Dissidenten in den Mutterschoß der ältesten indischen Partei. Als erster kehrte der ehemalige Minister Madhav Rao Scindia zurück. Er verließ mit seiner Einmannpartei die regierende 'United Front' (UF). Dr. Manmohan Singh, neu ernanntes Mitglied des 'Congress Working Committee' (CWC) und eine Art Schatten-Finanzminister, kritisiert die sich teilweise widersprechenden Äußerungen führender UF-Politiker zur Wirtschaftspolitik und meint, daß dies sowohl die in- als auch die ausländischen Investoren verunsichere.

Es bleibt abzuwarten, ob es Kesri gelingt, dem 'Congress' neuen Lebensmut einzuhauchen. Er beförderte drei 'Congress'-Politiker muslimischen Glaubens in prominente Positionen seiner Partei. Gulam Nabi Azad wurde einer der Generalsekretäre, Tariq Anwar, Unterhaus-Abgeordneter aus Bihar, regiert im einflußreichen Amt des politischen Sekretärs von Parteipräsident Kesri. Dieser servierte den Präsidenten der 'Congress'-Jugendorganisation Bhatta, einen Rao-Gefolgsmann, ab und zwang den Ministerpräsidenten des Punjab, Harcharan Singh Brar, zum Rücktritt.

Der Machtkampf innerhalb des 'Congress' zwischen dem selbstbewußten Kesri und Ex-Premier Rao mit seinen Anhängern spitzt sich zu. Es spricht einiges dafür, daß Kesri Rao als Führer der 'Congress'-Parlamentsfraktion ablösen und eventuell durch den integren Manmohan Singh ersetzen will. Rao, der es gegen Kaution bislang vermeiden konnte, in dem gegen ihn laufenden Verfahren den Weg in die Untersuchungshaft antreten zu müssen, lobte im Gegensatz zu Kesri die Politik der UF-Regierung und meinte, daß sie durchaus über eine volle Amtsperiode regieren könnte.

Das Ende der Flitterwochen zwischen UF-Regierung und 'Congress' zeichnet sich für die bevorstehende Wintersitzung des indischen Parlaments ab. Auch die Kommunisten greifen die Regierung, die angeblich zu sehr um ausländisches Kapital wirbt, verstärkt an. Sie kritisieren vor allem die Absicht des Industrieministers, den öffentlichen Sektor - dort verfügen die Kommunisten über starke Gewerkschaftsdachverbände - abzubauen. Die Allianzpartner 'Telugu Desam Party' (TDP) aus Andhra Pradesh und die in Tamil Nadu regierende 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK) unterstützen dagegen eine eindeutige Liberalisie-

rungspolitik.

Die UF-Regierung wandte nach Gujarat, offensichtlich aus parteitaktischen Erwägungen, jetzt auch in Uttar Pradesh kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses erneut den Artikel 356 mit der Ausrufung der "President's Rule" an. Das Parlament von Uttar Pradesh trat noch nicht zusammen. Unter der "President's Rule" wird nunmehr versucht, eine tragfähige Minderheits- bzw. eventuell sogar eine mehrheitsfähige Regierung zurechtzuzimmern. Kesri fordert von der UF weiterhin ungerührt, die Spitzenkandidatin Mayawati der verbündeten 'Bahujan Samaj Party' (BSP) in Uttar Pradesh zur Ministerpräsidentin zu küren. Paradoxerweise könnte die UF-Regierung aus Gründen ihres Verhältnisses zum 'Congress' sogar daran interessiert sein, daß es in Lucknow zur Bildung einer BJP-geführten Regierung kommt, da dies dem zunehmend aggressiver auftretenden aber noch keineswegs wiedererstarkten 'Congress' weniger Manövrierspielraum ermöglichen und sein Verhältnis zur BSP belasten würde.

Spitzenpolitiker der BJP in Delhi sprachen sich im Machtpoker nach der UP-Wahl für eine Neuauflage einer BSP-geführten und BJP-unterstützten (Koalitions-)Regierung aus. Sie scheiterten jedoch am Widerstand ihres Spitzenkandidaten, Kalyan Singh, der zu den 'Other Backward Castes' zählt. Nach langem Tauziehen wird der 'Congress' in der bevorstehenden Wintersitzung des Parlaments wohl nunmehr trotz allem für die Verlängerung der 'President's Rule' in Uttar Pradesh stimmen, nachdem Sitaram Kesri diese Frage lange offenhielt, und damit eine Abstimmungsniederlage für die Minderheitsregierung Deve Gowda vermeiden konnte. Ein sichtlich nervös gewordener Deve Gowda bot mittlerweile Kesri einen Vermittlungsausschuß zwischen UF-Regierung und 'Congress' an, um die beabsichtigten Maßnahmen seiner Regierung mit der zweitgrößten Partei im indischen Parlament abzustimmen.

Auf ihrem Exekutiv-Treffen in Jaipur verzichtete die in Fraktionen gesplittete BJP darauf, das für sie enttäuschende UP-Wahlergebnis kritisch zu analysieren. Stattdessen suchte sie ihr Glück im Angriff und erklärte, der "Pseudo-Säkularismus" der UF-Regierung sei das letzte Hindernis für die BJP, um danach die Nation in das 21. Jahrhundert zu führen. Die Partei brandmarkte die "faschistische Mentalität der UF" wegen ihrer Anwendung des Artikels 356 in Gujarat und Uttar Pradesh. Anfang bis Mitte Dezember soll landesweit dagegen demonstriert werden.